



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 7 - V - 3 3 - 0 0 0 4
 (Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: Dezernat(e) VI

Anerkennung von zusätzlichem Personalbedarf bei 3303

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Imholz
 Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden, 23.05.17

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: -8.526.577,78
 in %: -10,5

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2018	Personalkosten	68.780			1300026	630098	Personalaufwendung D-Plan
	x	2018	Personalkosten	275.120			103501	630098	Personalaufwendung D-Plan
	x	2018	Sachkosten	9.700			1300026	680000	Aufwendung Büromaterialien/ Drucksachen
	x	2018	Sachkosten	38.800			103501	680000	Aufwendung Büromaterialien/ Drucksachen
				392.400					
Summe einmalige Kosten:									

	x	2019 ff	Personalkosten	68.780			1300026	630098	Personalaufwendung D-Plan
	x	2019 ff	Personalkosten	275.120			103501	630098	Personalaufwendung D-Plan
	x	2019 ff	Sachkosten	9.700			1300026	680000	Aufwendung Büromaterialien/ Drucksachen
	x	2019 ff	Sachkosten	38.800			103501	680000	Aufwendung Büromaterialien/ Drucksachen
				392.400					
Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Anerkennung der grundlegenden Personalbedarfsermittlung in den Bereichen „Allgemeines Ausländerrecht und Flüchtlingsangelegenheiten“ der Ausländerbehörde und Anerkennung des Personalmehrbedarfes aufgrund gestiegener Fallzahlen durch Zuweisungen von Flüchtlingen.

Anlagen:

1. Kennzahlensystem zur Personalbemessung 3303

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1.1. Das Konzept zur grundlegenden Berechnung des Personalbedarfs in den Bereichen allgemeines Ausländerrecht und Flüchtlingsangelegenheiten wird zur Kenntnis genommen.
- 1.2. Das Ergebnis der Personalbedarfsberechnung ist Grundlage für eine Basisvereinbarung mit der Budget-AG für künftige Stellenbesetzungen.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1. Der auf Basis dieser Neuberechnung nachgewiesene Personalmehrbedarf von aktuell 5 VZÄ aufgrund gestiegener Fallzahlen durch Zuweisung von Geflüchteten wird anerkannt.
- 2.2. Die Grundannahmen dieser Neuberechnung sind alle 4 - 5 Jahre zu verifizieren.
- 2.3. Für die neu zu schaffenden Stellen aus Punkt 2 fallen jährlich ab 2018 343.900 € Personalkosten und 48.500 € Sachkosten an.
- 2.4. Die haushaltstechnische Umsetzung erfolgt im Dezernat VI.
- 2.5. Die Entscheidung über die zusätzlichen Mittel ab 2018 in Höhe von 392.400 € p.a. wird Bestandteil der Haushaltsplanberatungen 2018/2019 im Haupt- und Finanzausschuss.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die Zuweisung geflüchteter Menschen nach Wiesbaden insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 hat in der Ausländerbehörde im Amt für Zuwanderung und Integration zu einem massiven Anstieg der Fallzahlen in der Sachbearbeitung geführt. Diese Situation hat zu Rückständen und langen Wartezeiten geführt. Eine zeitnahe und qualitativ einwandfreie Sachbearbeitung ist mit dem aktuellen Personalbestand nicht mehr zu gewährleisten,

Die nach Wiesbaden zugewiesenen Flüchtlinge kommen überwiegend aus Ländern mit hoher Anerkennungsquote. Daher ist für die Mehrzahl von einer hohen Bleibeperspektive auszugehen. Auch wenn die Zuweisungszahlen ab 2017 rückläufig sind, bleiben die zugewiesenen Personen auch bei gesichertem Aufenthaltsrecht, selbst bei erfolgreicher Integration in den Arbeitsmarkt

weiterhin in der aufenthaltsrechtlichen Betreuung der Ausländerbehörde. Diese Zielgruppe löst, durch häufige Statuswechsel, möglichen Familiennachzug etc. mit den höchsten Arbeitsaufwand aus. Eine hohe Dynamik rechtlicher Änderungen im Zuwanderungsrecht kommt hinzu.

Im Februar 2017 erschien ein Bericht der KGST „Denkanstöße zur Rolle, Organisation und zum Stellenbedarf kommunaler Ausländerbehörden“. Dieser Bericht ist Ergebnis einer Vergleichsarbeit unter Beteiligung von 26 Kommunen in dem eine analytische Bemessung des Stellenbedarfs über mittlere Bearbeitungszeiten für einzelne bei allen Ausländerbehörden gleichen Tätigkeiten vorgenommen wurde.

Auch das Statistische Bundesamt (destatis) hat in einem noch größer angelegten Projekt mit ca. 100 Ausländerbehörden Stichproben zu Bearbeitungszeiten für ausländerrechtliche Fälle ermittelt und kam weitestgehend zu gleichen Ergebnissen.

Gemäß Nr. 2.7 des Beschlusses 0073 vom 26.03.2015 der STVV wurden diese beiden Berichte in Ergänzung eigener statistischer Auswertungen für eine Neuberechnung des Personalbedarfs in den Bereichen allgemeines Ausländerrecht und Flüchtlingsangelegenheiten zugrunde gelegt.

Die Ergebnisse wurden übersetzt in einen Fallzahlschlüssel pro MA in den jeweiligen Sachgebieten der Ausländerbehörde. Dieser Fallzahlschlüssel (Anlage 2) ist Grundlage für eine Basisvereinbarung mit der Budget-AG für künftige Entscheidungen über Personalbesetzungen. Da die Einarbeitungszeit in der Ausländerbehörde mindestens sechs Monate beträgt, ist eine zeitnahe kontinuierliche Nachbesetzung vakanter Stellen dringend notwendig.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 23. Mai 2017

 4422 ru

Axel Imholz